



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Idel, Hans: Zur Reform der Heeresverfassung

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

So werden im Schoße der Gesellschaft selbst Kräfte lebendig, die der Volkserziehung eine bestimmte Richtung geben können. Die Schule legt den Unterbau, möglichst fest, möglichst sicher, die Gesellschaft arbeitet mit und giebt im Oberbau die Krönung des Gebäudes.

Alle Fürsorge um materielle Hebung des Volkes aber wird vergeblich sein, wenn sich nicht die sorgsamste Pflege der geistigen, der idealen Interessen damit verbindet. Die Besitzenden mögen sich nicht täuschen. Nicht durch mühsam abgerungene Almosen wird die Gefahr beseitigt. Die Erziehung im weitesten Sinne muß in den Vordergrund treten. Wer aber erziehen will, muß selbst erzogen, muß vor allem darin mit sich einig sein, ob das Herz oder ob der Geldbeutel den Schwerpunkt seines Lebens bilden soll. Die Lösung der sozialen Frage möge man aber darin erkennen, daß der Beutel recht erleichtert und das Herz recht beschwert werde, nämlich mit der Sorge um alle Mühseligen und Beladenen, die man nicht durch chinesische Mauern von sich absperrt, sondern freudig aufsuchen und gern in allem Guten fördern soll.



## Zur Reform der Heeresverfassung



Die Andeutungen der Regierungsvertreter bei Gelegenheit der Kommissionsberatungen der neuen Militärvorlage, „daß man daran denke zur thatsächlichen Durchführung der bisher nur auf dem Papier zu Recht bestehenden allgemeinen Wehrpflicht zu schreiten,“ haben in weiten Volkskreisen eine große Überraschung, um nicht zu sagen Verblüffung erzeugt. Darauf war man nicht gefaßt. Fast durchgängig glaubte man, die Militärverwaltung würde sich darauf beschränken, die augenblicklichen Bedürfnisse zu decken und mit der Bewilligung des jetzt geforderten, für eine Zeit lang wenigstens, zufrieden sein. Es ist auch nicht zu leugnen, daß diesem Gefühl der Überraschung nach allem Vorangegangenen eine gewisse Berechtigung innewohnt; das Volk war nachgerade an Flickarbeit — im guten Sinne — gewöhnt worden. Dennoch kann das erwähnte Gefühl als gänzlich unbegründet bezeichnet werden, wenn man die thatsächlich bestehenden, ausschlaggebenden Verhältnisse ins Auge faßt.

Wer den Vorgängen auf militärischem Gebiet bei unsern Nachbarn im Westen und Osten mit einiger Aufmerksamkeit gefolgt ist, dem muß die Notwendigkeit eines solchen energischen Schrittes, eines entschiednen Überganges zu ganzen Maßregeln klar sein.

Frankreich hat die allgemeine Wehrpflicht in Wirklichkeit durchgeführt; es ist auf dem besten Wege, uns trotz seiner bedeutend geringern Bevölkerung in der Zahl der ausgebildeten wehrfähigen Mannschaften beträchtlich zu überholen. Rußland schlägt uns darin schon längst, obwohl es die allgemeine Wehrpflicht nicht durchführt, in absehbarer Zeit auch wohl kaum in die Lage kommen wird, sie durchzuführen. Dem gegenüber wird eine Anspannung aller Kräfte für einen etwaigen Krieg dringend notwendig. Was helfen aber Millionen waffenfähiger Leute ohne militärische Ausbildung? So gut wie nichts, denn sie sind für die entscheidenden Schläge, die ganz gewiß im Beginn der Zukunftskriege fallen, nicht verfügbar. Deshalb genügt es nicht, daß sie durch das Gesetz für den Kriegsfall bereit gestellt sind, sondern sie müssen auch im Frieden auf ihre kriegerische Thätigkeit vorbereitet werden.

Aber neben diesem äußern Grunde mußten auch schwerwiegende innere jeden, der sich mit derartigen Fragen beschäftigt, auf die jetzt von der Regierung geplante Maßregel bringen.

Wir haben doch seit des unsterblichen Scharnhorst Tagen niemals aufgehört, die Armee als die beste Volksschule zu betrachten. Dieser Gedanke konnte vor andern, vor finanziellen Rücksichten zurücktreten, er konnte aber nicht spurlos verloren gehen. Allerdings ist die allgemeine Wehrpflicht in Preußen aus der Not des Augenblicks erwachsen, aber sie war und ist trotzdem keine auf den Augenblick berechnete Einrichtung. Nicht in erster Linie ist sie geschaffen, um ein den Franzosen oder Russen oder irgend einem andern bestimmten Gegner gewachsenes Heer zu liefern; das hätte sich 1814 ohne jeden Zweifel wenn nicht auf einfachere, so doch gewiß auf billigere Weise erreichen lassen. Sie verdankt ihre Entstehung sehr viel mehr der Absicht, allen waffenfähigen Bürgern des Staates die militärische Schulung zu geben, um so den männlichen, wehrhaften Sinn und zugleich den Staatsgedanken in der Nation zu stärken. Man vergesse nicht, daß sie in derselben Zeit ihre Wiederauferstehung feierte, wo die letzten Schranken der persönlichen Freiheit in Preußen fielen; sie stellt nur eine Erneuerung des uralten germanischen Rechtsgrundsatzes dar, daß jeder Freie zur Verteidigung des heimischen Herdes verpflichtet sei.

Niemals aber ist eine strenge Zucht der Jugend — „zuchtlos“ nannte sie der Reichskanzler im Reichstage, ohne Widerspruch zu finden — notwendiger gewesen als heute, niemals hat sie heilsamer wirken können. Ohne uns in langatmige politische Erörterungen zu verlieren, können wir doch als Beweis für diese Behauptung erwähnen, daß nach allen Berichten der gefährlichste, unruhigste Bestandteil jener Partei, die die Grundlagen unsers Kultur- wie Staatslebens umzustürzen bemüht ist, die jungen Arbeiter im Alter von siebenzehn bis vierundzwanzig Jahren sind, die nicht den bunten Rock getragen haben.

Schließlich ist auch die gegenwärtig bestehende Ungleichheit der Bürger hinsichtlich der militärischen Lasten nicht mehr aufrecht zu erhalten. Es ist Thatsache, daß jährlich mehr als 50 000 brauchbarer, waffenfähiger junger Leute nicht zum Dienst herangezogen werden. Welche Vorteile genießen diese im Vergleich zu denen, die drei Jahre lang durch die militärischen Pflichten ihrem bürgerlichen Beruf entzogen werden! Glaubt man, es trüge zur Stärkung des Vertrauens des Volkes zur Gerechtigkeit der Regierung, zur Zufriedenheit im Volke bei, wenn der Rekrut Hinz sieht, wie der Nachbar Kunz, von dessen Tauglichkeit für den Dienst er die „schlagendsten Beweise“ hat, sehr vergnügt seinen Privatgeschäften nachgeht, während Hinz seine Kräfte in ernstester Schulung für den Krieg dem Staate opfern muß? Wir denken nicht.

Erwägt man dies alles ehrlich, so wird man dem Bestreben, die allgemeine Wehrpflicht wirklich durchzuführen, kaum feindlich entgegentreten können. Wer nicht zugeben will, daß wir der durch die Wehrpflicht gelieferten Heeresmassen zur Sicherung nach außen bedürfen, der wird ihr doch beistimmen, weil sie als Schule des Volkes unschätzbar ist. Wer sie als solche nicht würdigt, dem muß ihre militärische Bedeutung einleuchten. Doch steht hoffentlich die Mehrzahl der Deutschen nicht auf einem dieser Standpunkte, sondern erkennt beide Gründe als gleich richtig und gleich wichtig an. Es handelt sich ja vorläufig nur um das Prinzip, nicht um die Art der Aufbringung der Kosten für seine Durchführung. Die Regierung hat keinerlei Anhaltspunkte gegeben, wie sie in dieser Hinsicht vorzugehen gedenkt, deshalb dürfte die Frage kaum schon spruchreif sein.

Demnach werden die Kosten von gewisser Seite schon jetzt in den Vordergrund geschoben und merkwürdigerweise mit der Verkürzung der Dienstzeit in Verbindung gebracht. Man verlangt diese Verkürzung dort mit Nachdruck als „Kompensation“ (warum nicht als Ausgleichung?) für die in Aussicht stehende stärkere Belastung.

Die Forderung einer „Kompensation“ mag hingehen, obgleich es wohl unsicher ist, ob sie bei derartigen Vorlagen der Regierung ganz berechtigt ist. Irgendwelche größeren Ersparnisse aber würden sich durch die Einführung der zweijährigen Dienstzeit bei den Fußtruppen nicht machen lassen. Im Gegenteil, der Regierungsvertreter hat in der Kommission nachgewiesen, daß die Verkürzung der Dienstzeit unter Festhaltung der jetzigen Heeresstärke etwa 20 Millionen an dauernden und 140 bis 150 an einmaligen Ausgaben mehr erfordern würde als jetzt. Man könnte nun einwenden, daß diese Ausgaben auch bei der Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht mit dreijähriger Dienstzeit notwendig sein würden und die Erleichterung des Einzelnen bliebe, da er kürzere Zeit seinem Beruf entzogen würde. Gewiß, die Erleichterung ist unbestreitbar, aber man vergißt, daß wir nach Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht den sehr großen Vorteil haben werden, die allgemeine Wehrpflicht

eben thatfächlich durchgeführt zu haben, während die zweijährige Dienstzeit uns mit denselben Kosten das nicht erlauben würde. Sobald man unter ihrer Annahme die allgemeine Wehrpflicht, so streng als es nötig ist, zur Ausführung bringt, steigen die Kosten bedeutend über die bei Festhaltung der gegenwärtigen Dauer des aktiven Dienstes.

Selbstverständlich dürften die Kosten nicht in Betracht kommen, wenn es vom militärischen Standpunkt aus unbedenklich wäre, die Dienstzeit zu verkürzen. Das ist aber nicht der Fall, denn es ist nicht möglich, den Durchschnitt unsers Ersatzes in zwei Jahren genügend durchzubilden, es ist gefährlich, einem Teile des Volkes grundsätzlich nur zwei, dem andern drei Jahre Dienstverpflichtung aufzuerlegen, und es läßt sich nicht absehen, woher man augenblicklich die in sehr viel größerer Zahl als bisher nötig werdenden Offiziere und Unteroffiziere nehmen soll. Über die beiden ersten Punkte habe ich schon früher in diesen Blättern eingehend gesprochen, sodaß eine nochmalige Erörterung hier überflüssig erscheint. Der letzte Punkt würde einer solchen ebenfalls nicht bedürfen, da es klar ist, daß eine um ein ganzes Drittel gesteigerte Arbeitsleistung auch annähernd ein Drittel mehr Arbeitskräfte verlangt, und da, wie jedermann weiß, die Füllung unsrer jetzigen Offizier- und Unteroffizieretats nur mit großen Schwierigkeiten gelingt — wenn nicht in einer großen Berliner Zeitung ein Vorschlag aufgetaucht wäre, der nicht scharf genug zurückgewiesen werden kann. Mit der größten Gemütsruhe wird da der Heeresleitung an die Hand gegeben, zur Abstellung der erwähnten Notlage einfach den Unteroffizieren die Laufbahn des Offiziers zu öffnen. Wenn freilich mit einer solchen Leichtfertigkeit über ernste Dinge zur Tagesordnung übergegangen wird, dann läßt sich jedes Rätsel lösen. Jedem Kinde ist bekannt, daß die Erfolge unsrer Armee einzig und allein dem Offizierkorps zu verdanken sind: es hat das Instrument geschult, es hat es zu gebrauchen verstanden. Die Verdienste des gemeinen Soldaten werden durch diese Thatsache in keiner Weise berührt, ihm bleibt der Ruhm der einzige und höchste, der ihm bleiben kann, das, was man von ihm verlangt hat, mit deutscher Treue, Tapferkeit und Tüchtigkeit geleistet zu haben. Das Offizierkorps andererseits hat wieder nur deswegen so Großes vollbringen können, weil es ein einheitliches, weil es ein wissenschaftlich erzogenes und weil es ein gebildetes Offizierkorps ist. Alle drei Grundlagen würden ihm mit einem Schlage durch die Zulassung von Unteroffizieren zum Offizierstande entzogen werden. Die Einheitlichkeit ginge verloren, denn Leute, die nicht aus denselben gesellschaftlichen Kreisen kommen, können erfahrungsmäßig nicht dauernd zusammen leben und wirken. Der wissenschaftliche Boden schwände dahin, denn die Masse der Unteroffizier=Offiziere würde niemals fähig sein, sich gründliche wissenschaftliche Kenntnisse zu verschaffen. Mit der Bildung des Offizierstandes endlich sähe es traurig aus, denn man kennt ja die Bildung, die Leute „ohne Kinderstube,“ d. h. ohne regelrechte Erziehung von

Kinderbeinen an, in der Regel haben. Ein gähnender Riß, so oft man ihn auch zu verkleistern gesucht hat, geht nach dem eignen Eingeständnis der Franzosen durch das stolze Heer Frankreichs. Und was ist seine Ursache? Der Umstand, daß es darin zwei Sorten von Offizieren giebt, die eine, kleinere, für die große Karriere bestimmt, aus den höhern Militärschulen hervorgegangen, die andre, größere, aus dem Unteroffizierstande entsprossen, subaltern denkend und dazu verdammt, mit höhern Ansprüchen das Leben in subalternen Stellungen zuzubringen. „Alles können sie uns nachmachen, nur den preußischen, den deutschen darf man jetzt wohl hinzusetzen, Sekondeleutnant nicht!“ sagte Fürst Bismarck in seiner berühmten Februarrede 1887. Und den sollten wir opfern, sollten wir hingeben, um phantastischen Luftbildern der Gleichmacherei — denn dies ist doch die innerste Veranlassung jenes jetzt noch zaghaft vorgebrachten Vorschlages — nachzujagen. Wir wollen uns lieber der Worte des großen Menschenkenners Washington erinnern, mit denen er stets den Genossen, denen die Bildung der Armee oblag, antwortete, wenn sie mit Bitten um Rat auf ihn eindrangten: Wählt nur Gentlemen zu Offizieren!

Die Heeresverwaltung hat ihren Standpunkt zur Reform der Heeresverfassung scharf dargelegt. Sie sagt: Die Annahme der zweijährigen Dienstzeit ist zur Zeit nicht möglich, sie wird eintreten, sobald die gegenwärtig bestehenden, oben aufgeführten Hindernisse beseitigt sind; auch ohne sie aber wird man auf Mittel sinnen müssen, die allgemeine Wehrpflicht thatsächlich durchzuführen. Diese Sachlage läßt einen Umstand in den Vordergrund treten, der seit langer Zeit wirkt, jedoch scheinbar nicht genügend beachtet wird. Haben wir alle unsre waffenfähigen Männer für einen etwaigen Krieg nötig, so liegt es auch in unserm Interesse, eine möglichst hohe Zahl derselben zu besitzen. Eine Grenze, an der man sagen könnte, jetzt sei es genug, giebt es in dieser Beziehung nicht.

Schon in einem frühern Aufsatz habe ich darauf hingewiesen, daß Deutschland verhältnismäßig weniger Männer im wehrfähigen Alter hat als z. B. Frankreich oder ein anderer Großstaat Europas. Man hat diese merkwürdige Erscheinung durch die größere Kindersterblichkeit in Deutschland zu erklären gesucht, und sie mag mitsprechen, sie ist aber nicht der Hauptgrund. Dieser liegt vielmehr in der Auswanderung und in der Entvölkerung des platten Landes zu Gunsten der Städte.

In seiner „Bevölkerungslehre“ weist Rümelin mit Recht darauf hin, daß durch die Auswanderung die zurückbleibende Bevölkerung nicht nur einen Verlust an Personenzahl, sondern einen relativ größern an Arbeits- und Wehrkraft erleidet. In den Jahren 1875 bis 1889 betrug die Zahl der deutschen Auswanderer etwa 1,4 Millionen, weit über ein Drittel davon männliche Personen im Alter von vierzehn bis vierzig Jahren. Frankreich, das wir zum Vergleiche stellen, weil uns die statistischen Angaben dafür zugänglich

sind, zählte im Jahre 1880  $4\frac{1}{4}$  Millionen wehrfähige Männer, Deutschland nicht ganz 5 Millionen. Ohne die Auswanderung würde Deutschland nicht nur  $\frac{3}{4}$  Millionen wehrfähiger Männer mehr haben als Frankreich, sondern fast  $1\frac{1}{2}$  Millionen mehr. Das sind Zahlen, die für sich selbst sprechen.

Was die Entvölkerung des platten Landes anbetrifft, so ist es Thatsache, daß mit ihrem Fortschreiten die Zahl der wehrfähigen Männer schnell abnimmt. Leider lassen sich Zahlen im großen als Beweis nicht beibringen, denn eine Statistik hierüber fehlt noch; doch ist nach der Erfahrung an der körperlichen Entartung der Stadtbevölkerung nicht zu zweifeln.

Von 1880 bis 1885 ist nun die Bevölkerung des deutschen Reiches von 45,2 auf 46,8 Millionen gestiegen. In demselben Zeitraume hat aber die ländliche Bevölkerung trotz des großen Überschusses der Geburten auf dem Lande gegenüber der Stadt abgenommen, und zwar um etwa 113000, während die städtische um ungefähr 1730000 gestiegen ist. Das Ungefunde dieser beiden Prozesse ist von den Nationalökonomien längst erkannt; es war aber nötig, auch auf ihre Gefahr für die Wehrkraft des Landes hinzuweisen. Unter keinen Umständen dürfte es überflüssig sein, sie bei Gelegenheit der bevorstehenden Heeresverfassungsreform zur Sprache zu bringen.

Berlin

Hans Idel



## Schopenhauer und Richard Wagner

Von Carl Fuchs

(Schluß)



wagner nahm den Pessimismus ernst, ernster als Schopenhauer selbst, und endigte folgerichtig bei der Religion, denn bei ihr, der zwar hart gescholtenen, endet nolens volens auch bereits die Schopenhauerische Philosophie: der Wille zum Leben als einziger Schöpfer und Erhalter der Welt jenseits aller menschlichen Vernunft ist durchaus nichts anderes als Jehova, namentlich wie ihn auch der gebildete Jude von heute versteht; und Wagner machte aus diesem noch passabel vernünftigen Judaismus ein taumelseliges, halbbrahmanisches, halb mittelalterliches, schließlich modernstes Allerveltsschristentum und wollte mit „Parsifal“ so wenig wie früher mit den „Nibelungen“ und dem „Tristan“ etwas anderes, als das Leben von der Bühne aus gestalten, zuletzt,